



Globale (Un-)Sicherheit

Symbiotische Verbindungen

Zur Verflechtung von Drogenhandel,
legaler Wirtschaft und Staatsmacht in Brasilien

Thiago Rodrigues

Wo die Trennlinie zwischen illegalem Drogenhandel auf der einen und der Sphäre des Staates auf der andere Seite verläuft, ist in Brasilien weniger eindeutig, als man annehmen könnte. Vielmehr lässt sich, basierend auf historischen Entwicklungen, eine beträchtliche Anzahl an gesellschaftspolitisch tief verwurzelten, ja geradezu symbiotischen Beziehungen zwischen beiden Sphären nachweisen. Ein Blick auf vier Aspekte dieser Beziehung zeigt auf, wie beide Seiten von diesem Arrangement profitieren.

Einführung

Ein besonders wirkmächtiger Mythos zum sogenannten organisierten Verbrechen in Entwicklungsländern ist die Existenz von „Parallelstaaten“ innerhalb der eigentlichen Staatsstrukturen. Dieser Mythos ist die Folge zumindest zweier Fehlanalysen: Die erste ergibt sich aus oberflächlichen oder verallgemeinerten Behauptungen über den territorialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluss bzw. die Macht gesetzeswidriger Banden und Gruppen. Derlei Aussagen lassen die Frage außer Acht, wie sich materielle Ressourcen, Spielräume, Dimensionen und das tatsächliche Vermögen, mit politischen Institutionen sowie der lokalen Wirtschaft zu interagieren, unterscheiden können. Die Unterschiede hängen dabei von einer Reihe von Faktoren ab: vom Typ des politischen Regimes eines Landes, vom Einfluss der außenpolitischen Strategien einflussreicher Staaten (etwa dem „Krieg gegen die Drogen“ der USA) auf die jeweilige Regierung eines Entwicklungslandes, von der Frage, ob eine Region in der Produktion einer bestimmten Art illegaler Rohstoffe führend ist oder, falls nicht, als Transitterritorium für illegale Waren in Richtung der Konsumländer fungiert, um nur einige Faktoren zu nennen.

Das zweite Problem ist politischer und wirtschaftlicher Natur. Geht man von der Existenz verschiedener Räume der Souveränität innerhalb eines Landes aus, so verkennt dies, wie die illegalen Gruppen entstanden sind, wie sie

ihren Einfluss auf einige Teile des Landes oder bisweilen auch über Teile von Städten ausgeweitet haben, in welcher Beziehung sie zur legalen und illegalen Wirtschaft stehen, wie ihre Verbindung zu den politischen Institutionen – etwa der Staatsbürokratie, den Streitkräften, der Polizei und den politischen Parteien – aussieht sowie schließlich wie „organisierte kriminelle Gruppen“ ihr Beziehungsgeflecht zu den örtlichen Gemeinden gestalten, das gleichermaßen auf Zusammenarbeit und auf Repression beruht.

Ich behaupte stattdessen, dass „organisierte kriminelle Gruppen“, die legale Wirtschaft und politische Institutionen eine *symbiotische Verbindung* eingehen und keine parallelen oder gar konkurrierenden Strukturen existieren. Um analytisch kohärent zu bleiben ist es notwendig, diese Vermutung nicht zu verallgemeinern und einen weltweiten Standard für diese *symbiotische Verbindung* vorauszusetzen. Aus diesem Grund verfolgt dieser Text den Ansatz, den Fall Brasilien in den Fokus zu rücken und – neben einer Reihe punktueller Vergleiche zu anderen lateinamerikanischen Ländern wie etwa Kolumbien und Mexiko – die Herausbildung und Veränderungen der auf Drogenhandel basierten Wirtschaft in dem Land von den späten siebziger Jahren bis zum heutigen Tag zu untersuchen. Zunächst sollen dafür einige wesentliche konzeptionelle Aspekte bezüglich der illegalen Wirtschaft und ihrer Organisationen herausgearbeitet werden. Anschließend soll der vorgeschlagene analytische Rahmen auf den Fall Brasilien angewendet werden, unter anderem auch, um weitere

Studien zu den Dynamiken des Drogenhandels in dem Land anzuregen und mögliche Hinweise zu identifizieren, wie ähnlich symbiotische Verbindungen in anderen Ländern und auf anderen Kontinenten aussehen könnten.

Symbiose: Die illegale Wirtschaft und die staatlichen Behörden

Der Historiker Charles Tilly vergleicht das Entstehen der europäischen Nationalstaaten zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert mit der Art und Weise, wie mafiöse Strukturen operieren.¹ Laut Tilly ist ein Staat im Kern seines Wesens eine Einrichtung, die Sicherheit im Austausch gegen eine gewisse Geldsumme bietet und damit droht, Gewalt anzuwenden, um jene zwingend zu bestrafen, die dem Leben oder dem Besitz anderer Schaden zufügen oder zufügen wollen: gewissermaßen die wesentliche „Dienstleistung“, die auch jede mafiöse Organisation einer bestimmten Zielgruppe bietet. Um respektiert zu werden, muss eine derartige Organisation über die glaubhafte Möglichkeit verfügen, Gewalt auszuüben und einen Teil des Wohlstands einer Gesellschaft an sich zu ziehen, um deren Handlungsfähigkeit am Leben zu erhalten. Dies ist, mit anderen Worten, die Essenz souveräner Autorität, d.h. die Fähigkeit, Regeln zu erstellen, diese durchzusetzen, aufkommende konkurrierende Kräfte zu bekämpfen, ein gegebenes Territorium und dessen Bevölkerung zu kontrollieren sowie Teile der wirtschaftlichen Produktion für sich zu reklamieren.

Folgt man der Analyse Michel Foucaults² zu eben diesem Thema, stellt die Ansammlung politischer Autorität in den Händen einer Gruppe (einer politischen und wirtschaftlichen Elite) einen gewaltsamen Prozess der Zentralisierung politischer und wirtschaftlicher Macht dar. Die Unantastbarkeit und Legitimität staatlicher Einrichtungen wurden parallel zum Sieg bestimmter Kräfte über andere begründet: als Philosophen, Historiker, Maler, Bildhauer, Theologen und Rechtsgelehrte Theorien und Ästhetiken entwickelten, die darauf abzielten, der Autorität eines Königs oder einer Adelherrschaft Attribute von Göttlichkeit bzw. öffentliche Akzeptanz zu verleihen.

Später, nach den freiheitlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts und den durch die Industrielle Revolution ausgelösten tiefgreifenden wirtschaftlichen und demografischen Umwälzungen, fügte das Nationalstaatsmodell der ersten Generation des „auf Schutz ausgerichteten“ Wirkens weitere politische Elemente hinzu. Laut Foucaults Nachforschungen zu dieser speziellen geschichtlichen Periode ließ die „Kunst des Regierens“ die Bevölkerungszahlen ansteigen und forcierte die Herstellung sowie den Austausch von Waren. Sie nahm zudem die Qualität der Gesundheit der Menschen im Allgemeinen in den Blickpunkt, die Sauberkeit der Städte, das Bildungsniveau, die Kapazität der Industrielleistung, die allgemeine Ordnung und Disziplin der ärmsten Bevölkerungsgruppen sowie weitere Elemente, die er als „Biopolitik der Bevölkerung“ bezeichnete. Gemeint ist hiermit eine Politik des Regierens sowohl des individuellen als auch des kollektiven Körpers und Lebens (*bios*) einer jeweiligen Gesellschaft.

Die Ausweitung des industriellen Kapitalismus – zieht man die Anhäufung von Reichtümern während der europäischen Seefahrt- und Kolonialexpansion zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert sowie den Imperialismus in Afrika, Asien und Ozeanien im 19. Jahrhundert in Betracht – vollzog sich in einer Grauzone zwischen legalen und illegalen Praktiken. Diese umfassten Piraterie und Menschenhandel (Sklaverei und wirtschaftlich motivierte Migration), den Schmuggel von Waren, die Erhebung und gesetzeswidrige Einnahme von Steuern, koloniale Eroberungen und den Genozid an zahllosen Völkern sowie die sich daraus ergebende Zerstörung zahlreicher Ökosysteme. Die im 19. Jahrhundert entstehende Weltwirtschaft wäre nicht vorstellbar gewesen ohne die Symbiose von legalem und illegalem Handeln seitens sowohl privater Akteure (Firmen, Banken und Einzelpersonen) als auch Staaten (Verletzung internationaler Konventionen, Unterstützung gewisser Wirtschaftssektoren, Kriegführung im Namen wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen usw.).³ Summa summarum: Weder der Nationalstaat noch die heutige kapitalistische Weltwirtschaft wären denkbar ohne die Existenz dieser symbiotischen Verbindung zwischen dem Legalen und dem Illegalen.



Im Kreuzfeuer: Die Aufsplitterung des Drogenhandels in Rio führte zu einem Anstieg der Gewalt im Kampf um die Kontrolle der strategisch wichtigsten Favelas. Quelle: © Ricardo Moraes, Reuters.

Mit Blick auf die Thematik des vorliegenden Beitrags erlebte das aufkommende 20. Jahrhundert den Beginn einer neuen, machtvollen Ära eben dieser symbiotischen Verbindung, als eine Reihe psychoaktiver Drogen in einer wachsenden Zahl von Ländern verboten wurde. Bis in die 1910er und 1920er Jahre wurden Drogen wie Kokain und Heroin weltweit legal produziert, verkauft und konsumiert. Führende pharmazeutische Unternehmen mehrheitlich europäischer und amerikanischer Provenienz stellten Drogen in einer globalen Wirtschaft her und kommerzialisierten sie – in einer Wirtschaft, zu der sowohl Regionen und Länder gehörten, in denen die Rohstoffe produziert wurden (wie etwa die Andenregion mit Blick auf das Kokablatt sowie Indien und die Türkei mit Blick auf den Mohnanbau), als auch solche, wo diese Substanzen weiterverarbeitet,

verkauft und konsumiert wurden (wie etwa die USA, England, die Niederlande und Deutschland).

Bald darauf kam es allerdings zu einem schnell einsetzenden, umfassenden Prozess der Kontrolle und /oder des Verbots der freien Produktion, des Verkaufs und des Konsums einiger Drogen. Vorausgegangen war eine Reihe internationaler Konferenzen, auf denen Länder wie die USA, Brasilien, Frankreich und China, um nur einige wenige zu nennen, die Reduzierung oder vollständige Suspendierung jener Wirtschaft sowie der gesellschaftlichen Gewohnheiten forderten, die sich im Umfeld von Drogen wie Kokain, Heroin oder Marihuana herausgebildet hatten.⁴ Diplomatische Delegationen gaben die Ansichten einer komplexen Koalition aus

konservativer Lobby und *pressure groups* (religiöse Glaubensrichtungen, Theoretiker einer evolutionistischen Hygiene) wieder und artikulierten die unterschiedlichsten Bedenken hinsichtlich nationaler biopolitischer Probleme, deren Gegenstand die Kontrolle und Lenkung eines wachsenden städtischen Proletariats sowohl im Norden (USA und Europa) als auch im Süden (Mexiko, Brasilien, Argentinien und China sowie in anderen Ländern) waren.

Das Abhalten internationaler Konventionen, die nachfolgende Anpassung der nationalen Gesetzgebungen sowie das Setzen des Themas Kontrolle von Drogen auf die politische Agenda der internationalen Gemeinschaft (zunächst im

Völkerbund sowie, nach 1945, in den Vereinten Nationen) globalisierte das auf Prohibition ausgerichtete rechtliche Rahmenwerk. Ziel war hierbei eine vollständige Einstellung von Produktion, Verkauf und Konsum einiger Drogen (wie etwa Kokain, Heroin und Marihuana), während der Markt für andere (so etwa Morphine und Amphetamine) eingeschränkt werden sollte. Dennoch wurde die radikale Zielvorgabe eines auf Drogen abzielenden Prohibitionismus nie umgesetzt – trotz der zahlreichen Reformen des internationalen Regimes der Drogenregulierung und trotz der seit den späten 1960er Jahren von den USA lancierten Anstrengungen hinsichtlich einer sicheren Beherrschung der illegalen Drogenwirtschaft.



Drogenverbrennung: Wären einige psychoaktive Drogen nicht verboten, gäbe es in ihrem Umfeld keine derart gigantische, weltweit ausgerichtete illegal operierende Wirtschaft. [Quelle: © Tomas Bravo, Reuters.](#)

Wie uns die Geschichte der Alkoholprohibition in den USA zwischen 1920 und 1933 lehrt, generiert das Bemühen um eine vollständige Unterdrückung bestimmter Teile der psychoaktiven Wirtschaft einen mächtigen illegalen Markt – beherrscht von kriminellen Gruppen, die mit staatlichen Agenten (Polizisten, Richtern, dem Militär, gewählten Volksvertretern, Bürgermeistern, Stadträten usw.) kollaborieren, die ihrerseits durch eine Mischung aus Bestechung und Druck zur Kooperation bewegt werden. Derlei kriminelle Gruppen bauen ebenfalls lokale Operationsbasen in den Gegenden auf, in denen sie agieren. In den Produktionsgebieten verbinden sich die illegalen Organisationen mit ortsansässigen Bauern – in der Regel arme Menschen, denen die illegale Wirtschaft bessere Einkünfte in Aussicht stellt, als es die legale Erntewirtschaft tut. Geheime, in entlegenen Regionen versteckte Labore ziehen ebenfalls Menschen an, die auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten sind. In städtischen Regionen, in denen illegale Drogen verkauft werden, erhalten Banden und lokale, auf den Drogenhandel spezialisierte Organisationen (*Drug Trafficking Organizations*, DTO) die illegalen Substanzen von auf den Großhandel spezialisierten DTOs und bereiten sie – überwiegend durch Pantschen bzw. Strecken – für den Endabnehmer auf. Schließlich existieren noch zahlreiche weitere DTOs und mafiöse Gruppen unterschiedlicher Provenienz (beispielsweise die italienische Cosanostra, die nigerianische Mafia, die russischen Mafia-Gruppen sowie die Chinesischen Triaden). Einige davon verfügen über genügend Macht zur Kontrolle von internationalen Routen, Grenzkontrollpunkten sowie Häfen und Flughafeneinrichtungen. Derartige Gruppen verfügen über die Kapazitäten zur grenzüberschreitenden Verteilung von Drogen, indem sie wirtschaftliche Macht und politischen Einfluss an sich reißen, um so ihre Geschäfte abwickeln zu können.

Die weltweit operierende illegale Drogenindustrie stellt einen freien Markt dar, in dem Gruppen Allianzen eingehen oder, abhängig vom jeweiligen Kontext, sich untereinander bekämpfen. Nach einem Modell von Sarmient und Krauthausen⁵ besteht das größere Risiko für gewaltsame

Konfrontationen auf Seiten der Konsumenten, wo die Zahl der illegalen Gruppen meist größer ist und der Wettbewerb um den Markt härtere Auseinandersetzungen um Gebiete und Kunden hervorruft. Einzigartig ist hierbei der Fall Mexikos, da die Anbindung dieses Landes an den führenden Weltmarkt, die USA, seine DTOs in die Lage versetzt, mit dem Einsatz von Gewalt den Kampf um Territorien innerhalb des Landes zu führen. Territorien dieser Art werden genutzt für die Produktion von Rohstoffen (Mohn und Marihuana), die Errichtung von Laboren zur Drogenveredelung (Methamphetamine, Heroin, Kokain), die Kontrolle von Häfen für die Übergabe von Drogen und synthetischen Vorprodukten sowie schließlich die Kontrolle von Transitwegen (Tunnel, U-Boote, Boote usw.) über die mexikanisch-US-amerikanische Grenze.⁶

Vor diesem Hintergrund darf durchaus von transterritorialen Verbindungen zwischen Produktionsregionen, Routen für den illegalen Austausch sowie durch lokale DTOs besetzte städtische Räume gesprochen werden. In jeder dieser Regionen lässt sich ein gewisser Kooperationsgrad zwischen kriminellen Gruppen, der ortsansässigen Bevölkerung, örtlichen Behörden, privaten Einrichtungen usw. ausmachen. Macht und Reichtum dieser illegalen Wirtschaft ziehen Menschen und Institutionen an – mit den Mitteln der Bestechung, der Angst, der Gewalt, des Drohens sowie des Bereitstellens sozialer Unterstützung (Gesundheitsdienste, Pensionen, Vergnügungseinrichtungen, Sportzentren und anderes mehr). Die Kontrolle über Territorien und deren Bevölkerung ist für jede Mafia oder DTO wesentlich als Mittel für den Unterhalt sicherer Schlupfwinkel für die eigenen Operationen, das eigene Überleben und den eigenen Fortbestand. Sie stellen Enklaven der Autorität innerhalb eines bestehenden souveränen Staates dar, in denen die staatlichen Kräfte und Einrichtungen keine Kontrolle haben oder diese erst dann wiedererlangen, wenn die führenden kriminellen Köpfe beseitigt sind. Mit Hilfe der Thesen von Tilly und Foucault sind wir in der Lage zu erkennen, wie DTO-Enklaven in Anlehnung an das Modell eines Staates funktionieren, weist doch der Staat selbst eine mafiaähnliche

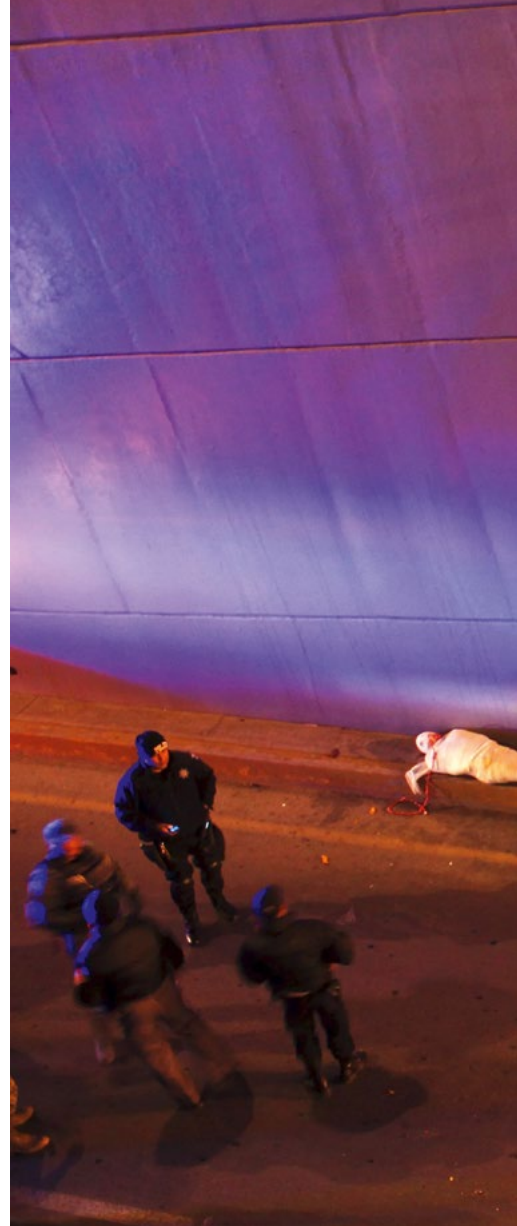
historische DNA auf. Dies ist mitnichten dasselbe wie die Behauptung, es existiere ein „Parallelstaat“ innerhalb der regulären staatlichen Strukturen.

Im Folgenden sollen vier Aspekte dieser für die Drogenwirtschaft symbiotischen Verbindungen dargestellt werden, wobei der Fokus auf dem brasilianischen Kontext liegt.

1. Das Geschäftsmodell gründet seinen Erfolg auf dem Verbot von Drogen: Wären einige psychoaktive Drogen nicht verboten, gäbe es in ihrem Umfeld keine derart gigantische, weltweit ausgerichtete illegal operierende Wirtschaft. Mediziner, Psychiater und Sozialarbeiter haben seit den 1980er Jahren erkannt, dass die Existenz von Gesetzen gegen die Produktion, den Verkauf und den Konsum einiger Drogen nicht ausreicht, um die Gier nach derartigen Substanzen einzudämmen. In der Begrifflichkeit der Ökonomie ausgedrückt: Die Nachfrage nach psychoaktiven Drogen zeigt sich unflexibel, d.h. sie gehorcht einer Logik, die mit individuellen Eigenarten sowie kollektiven sozialen Prozessen in manchen Ghettos oder Gesellschaftskreisen korreliert, um nur einige Faktoren zu nennen. Hinzu kommt für einige Substanzen wie Opioide, dass der wesentliche Anreiz schon allein durch die psychisch-physische Abhängigkeit gegeben ist. Aus diesem Grunde erzielen versicherheitlichende Strategien zur Erhöhung der Marktpreise für illegale Drogen nicht den gewünschten Erfolg im Sinne einer Reduzierung des Konsums, sondern eröffnen stattdessen Möglichkeiten, noch gefährlichere und noch stärker gepantschte Drogen auf den Markt zu bringen. Im Endeffekt schafft das Verbot von Drogen einen riesigen illegalen Markt, ohne die Nachfrage nach eben diesen Drogen zu verringern. Dies ist die erste symbiotische Verbindung von Illegalität und der Existenz des Drogenhandels.

2. Einige Drogendealer mögen reich und berühmt sein, doch keiner von ihnen ist „frei“: Ein gut situierter Drogendealer ist eine Seltenheit. Wir kennen die berühmtesten, berüchtigtsten und eigentümlichsten von ihnen: Pablo Escobar Gaviria oder Joaquín „El Chapo“ Guzmán. Sie

wurden zu Mythen, ihre Charaktere boten Vorlagen für Fernsehserien, Bücher und Spielfilme. Doch sie sind die Ausnahme. Die überwältigende Mehrheit derer, die in den Wirtschaftskreislauf des Handels mit Drogen verstrickt sind, ist arm, ungebildet, wohnt in Slums und hat eine niedrige Lebenserwartung. Sie sind es, die in den Straßen des amerikanischen Kontinents jeden Tag töten und getötet werden. Sie haben keinen Zugang zu den weltweit vernetzten Finanzlabyrinthen und Netzwerken des elektronischen Geldtransfers, den in Übersee liegenden Steuerparadiesen.





Installation des Grauens: Die Zurschaustellung der Leichen ihrer Opfer ist typisch für Drogenkartelle. Quelle: © Reuters.

Diese Kleinkriminellen sind zuständig für winzige Anteile eines transterritorialen Geschäfts, über das sie weder Kenntnisse noch Kontrolle haben.

Sie kämpfen permanent gegen Polizeikräfte, das Militär und rivalisierende Banden, die ihr eigenes Territorium zu verteidigen suchen oder dieses durch die Eroberung neuer, der Konkurrenz ent-rissener Räume zu erweitern trachten. Tatsächlich handelt es sich bei ihnen um junge Männer und Frauen ohne echte Chancen in der legalen Wirtschaft, die im Drogenhandel ihren Weg zum

Überleben gefunden haben. Aus der Kontrolle ihrer Slums und nachbarschaftlichen Strukturen können sie nicht ausbrechen ohne zu riskieren, verhaftet und ermordet zu werden. Sie sind an spezifische Territorien und etablierte Kontakte mit der „Außenwelt“ gebunden, vermittelt durch ein Netzwerk von Anwälten, zivilen Unterstützern und korrupten Staatsbeamten wie etwa Polizisten, von denen sie in der Regel Gewehre, Maschinen-gewehre, Munition, Granaten und andere Aus-rüstungsgegenstände kaufen. Es handelt sich hier um die einfachste, auf der niedersten Stufe

angesiedelte symbiotische Verbindung zwischen legalen und illegalen Aktivitäten – arme Drogenhändler, die mit unterbezahlten und schlecht ausgebildeten Polizisten sowie Soldaten des Militärs über Waffen und ein paar Privilegien verhandeln. Gelegentlich wird ein allseits bekannter Drogenfürst wie „El Chapo“ Guzmán festgenommen, ausgeliefert und ins Gefängnis gesteckt, doch das sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Auch in der Welt des Drogenhandels besteht Ungleichheit: Die „großen Fische“ leben nicht in Favelas. Sie verwalten komplexe Finanztransaktionen von den schicksten Wohngegenden dieser Welt aus und knüpfen so die symbiotische Verbindung zwischen den illegalen Geldern aus dem Handel mit Drogen und den legalen oder scheinlegalen Aktivitäten der globalen Finanzmärkte.

Illegale Gruppen versuchen, durch Bestechung und inoffizielle Abmachungen ein Machtgleichgewicht mit den Staatskräften herzustellen.

3. Die „Drogenenklaven“ stehen nicht in Opposition zur Staatsmacht als solcher: In Ländern wie Brasilien, Kolumbien und Mexiko lassen sich verschiedene Regionen im ländlichen und städtischen Raum identifizieren, die sich in der Hand der DTOs befinden. Wie weiter oben erwähnt, kopieren die illegalen Organisationen in diesen Regionen eine staatsähnliche Regierungsform, indem sie Dienstleistungen anbieten, zeitgleich aber Vergehen bestrafen. Dennoch wäre es übertrieben, in Lateinamerika diesen DTOs und ihren Enklaven irgendeinen traditionellen Anspruch auf politische Souveränität zu unterstellen. Ganz allgemein gesprochen gilt hier eher das Gegenteil: Die illegalen Gruppen versuchen, durch Bestechung und inoffizielle Abmachungen zwischen DTOs und Vertretern des Staates, ein Gleichgewicht an Macht mit den Staatskräften – und bisweilen auch unter den DTOs – herzustellen, indem sie Einflussphären

und Märkte aufteilen, um somit ein Höchstmaß an Profit bei einem Mindestmaß an notwendiger Konfrontation zu erzielen, denn insgesamt verursachen sowohl der „Krieg gegen die Kartelle“ als auch der „Krieg der Kartelle untereinander“ ein höheres Maß an Verlusten – von Menschenleben, von Waren, von Sicherheit für die Bosse und ihre Familien als auch deren legale bzw. für die Geldwäsche genutzten Investitionen etc. Charaktere wie Pablo Escobar, der den kolumbianischen Staat sowie die Drogenbosse des Cali-Kartells direkt herausforderte, stellen mit ihrer pseudoideologischen, nationalistischen Rhetorik die Ausnahme dar. Sie ziehen zwangsläufig die Aufmerksamkeit des Staates und dessen spezielle repressiven Maßnahmen auf sich und werden in der Folge besiegt, während die illegale Wirtschaft des Drogenhandels floriert. Und doch: Selbst die mächtigsten Drogenbosse haben nicht die Schlagkraft, den gebündelten Angriffen des Militärs Paroli zu bieten; insbesondere, wenn die Unterstützung durch US-amerikanisches Militärtraining und technologische Beratung dazukommt.

Labrousse und Koutouzis⁷ haben eine Typologie zur Auslotung des Beziehungsgeflechts zwischen DTOs und Staatsstrukturen vorgeschlagen und zwischen „offiziellen Narkokratien“ und „inoffiziellen Narkokratien“ unterschieden. Ersteres wäre der seltenere Fall, bei dem hochrangige Regierungsstellen einschließlich der Präsidentin bzw. des Präsidenten und ihrer bzw. seiner Ministerien direkt in den Drogenhandel verstrickt sind. Die Diktatur General Hugo Bánzers in Bolivien (1980 bis 1983) und die derzeitige Lage in Guinea-Bissau sind Beispiele für dieses Szenario. Von Letzterem wäre zu sprechen, wenn hochrangige Regierungsvertreter in den Drogenhandel verstrickt sind, die offizielle Regierungslinie aber nichtsdestotrotz auf den globalen „Krieg gegen die Drogen“ ausgerichtet ist. Paraguay, Mexiko und Myanmar wären hier zu nennen. Dennoch – sowohl offizielle als auch inoffizielle Narkokratien stellen die Ausnahme, nicht die Norm dar. Allgemein gilt, dass die DTO-Bosse in der Tat das Umfeld der Politik – von der lokalen- bis hin zur nationalen Ebene – zu beeinflussen suchen, wenn auch nicht durch die Übernahme von Macht. Der

Schatten der Illegalität ist bequemer und lukrativer, ist es doch ihr Bestreben, jene symbiotische Beziehung aufrechtzuerhalten, die die eigenen illegalen Machenschaften ermöglicht.

4. DTOs entstehen für gewöhnlich in Gefängnisstrukturen und etablieren dort ihre Festsitzung:

Die salvadorianischen *Mara*-Banden, die sowohl in den USA als auch in El Salvador operieren, die *comandos* in Brasilien sowie die Kartelle in Kolumbien und Mexiko haben sich im Zwischenfeld von Gefängnisstrukturen und den durch die dort inhaftierten Gruppen kontrollierten urbanen Regionen gebildet. Diese Banden kontrollieren und lenken praktisch das Innenleben der Gefängnisse und führen sogar Verhandlungen mit den Gefängnisleitungen sowie den Sicherheitsbehörden der Regierung. Innerhalb der Gefängnisse haben die DTOs Verhaltensregeln festgelegt, die sie mit eiserner Faust durchsetzen. Der Kontakt zur Außenwelt wird durch den illegalen Einsatz von Mobiltelefonen und Computern ermöglicht, aber auch durch die Kommunikation mit Anwälten und Familienangehörigen. Für den Fall, dass sich die Bosse an irgendeiner internen Verwaltungsentscheidung oder Vorgängen außerhalb der Gefängnismauern stören, führt das zu gewaltsamen Protesten. Gewöhnlich schließt dies auch die Zerstörung ganzer Gebäudeflügel sowie das Eindringen in Territorien der Rivalen ein und führt zu Massenmorden durch Verstümmelungen sowie der anschließenden grotesken Zurschaustellung von Körperteilen wie Armen und Köpfen. Die inhaftierten Anführer sind durchaus in der Lage, auch außerhalb des Gefängnisses stattfindende Operationen zu kontrollieren, indem sie sie von Stellvertretern ausführen lassen, die dafür in den *barrios*, *comunas* oder Favelas eingesetzt werden.

In Brasilien stand der Beginn der Aktivitäten rund um den Drogenhandel in den frühen achtziger Jahren beispielsweise im Zusammenhang mit dem Aufkommen einer Gruppe namens *Comando Vermelho* (Rotes Kommando), die in einem Hochsicherheitsgefängnis auf einer Rio de Janeiro vorgelagerten Insel entstanden war. Die Geschichte des Roten Kommandos ist emblematisch, hat sie doch ihre Ursprünge in dem Kontakt

von Bankräubern und Entführern auf der einen Seite mit linksgerichteten Guerilla-Kämpfern auf der anderen Seite, die während der 1970er Jahre im Zuge ihres Kampfes gegen die Diktatur (1964–1985) verhaftet worden waren. Beide Gruppen wurden wegen der gleichen Verbrechen verurteilt und inhaftiert, denn auch die *guerrilleros* hatten schließlich Banken überfallen sowie Geschäftsleute und ausländische Diplomaten gekidnappt, um für ihre Sache Gelder zu beschaffen sowie die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. In der Zeit ihres Zusammenlebens im Gefängnis tauschten beide Gruppen ihr Wissen, insbesondere über Taktik und Guerilla-Kriegsführung in Städten, untereinander aus.

Die Aufsplitterung des Drogenhandels in Rio ließ die Gewalt unter den verschiedenen Banden ansteigen.

Nach 1977, in der Zeit des Übergangs zur Demokratie, wurden die linksgerichteten Insassen schrittweise entlassen, während die armen, mehrheitlich schwarzen und unpolitischen Sträflinge weiterhin in Haft blieben. Um in einer ausgesprochen feindlichen Umgebung zu überleben, in der Konflikte zwischen Banden dominierten, nutzten diese Gefangenen ihre von den *guerrilleros* erworbenen organisatorischen Fähigkeiten und rissen gewaltsam die Kontrolle über das Hochsicherheitsgefängnis an sich. Aufgrund ihrer Kontakte zu den militanten Kommunisten bezeichneten die Gefängnisbehörden die neue Bande als „Rotes Kommando“. Kurze Zeit später hatte das Rote Kommando (portugiesisches Akronym: „CV“) zahlreiche Slums (Favelas) von Rio de Janeiro unterwandert, indem es seine soziale Rhetorik mit einer assistenzialistischen Praxis gegenüber der verarmten Bevölkerung sowie gesetzeswidrigen Aktionen wie Raubüberfällen und Entführungen verband. Zu Beginn der 1980er Jahre lockte die dort aufblühende Kokainwirtschaft die neue CV-Führung in die Andenländer. Die Gruppe verlegte sich nun darauf, das Kokain dieser Länder für den brasilianischen Markt zu verteilen

sowie – in Zusammenarbeit mit den europäischen Mafia-Gruppen und später den afrikanischen DTOs – einen Kokain-Transitweg durch Afrika zum europäischen Markt aufzubauen.⁸

Von den späten 1980er bis zu den späten 1990er Jahren führten Zerwürfnisse innerhalb des CV zur Entstehung neuer Organisationen wie etwa des *Terceiro Comando* (Drittes Kommando) und der *Amigos dos Amigos* (Freunde der Freunde, portugiesisches Akronym: „ADA“). Die Aufsplitterung des Drogenhandels in Rio ließ die Gewalt im Umgang der DTOs untereinander ansteigen, wobei es um die Kontrolle der strategisch wichtigsten Favelas, die interessantesten lokalen Märkte sowie die Höchstgewinne versprechenden Kontakte mit den peruanischen und kolumbianischen Drogenhändlern bzw. den europäischen und afrikanischen Mafia-Gruppen ging.

1993 bildete sich im staatlichen Strafvollzugssystem von São Paulo eine weitere Gruppe heraus – das *Primeiro Comando da Capital* (Erstes Kommando der Hauptstadt, portugiesisches Akronym: „PCC“). In der Anfangszeit des PCC wies dessen Vorgehensweise Ähnlichkeiten mit Operationen des CV aus dessen Anfangszeit in Rio auf. Die Gruppe veröffentlichte Manifeste zur Verteidigung der Rechte von Häftlingen und begann das Innenleben der Haftanstalten unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie etwa kriminelle Handlungen wie Vergewaltigungen und Raub unter den Insassen bestrafte.⁹ Jedoch weitete der PCC seinen Einfluss allmählich auf das gesamte System der Haftanstalten von São Paulo sowie über die Favelas der Stadt und die an deren Peripherie gelegenen Armenviertel aus. Um die Wende zum 21. Jahrhundert hatte das PCC bereits die Kontrolle über alle Haftanstalten von São Paulo gewonnen und eine Art *Pax Criminalis* in den bis dato von Gewalt überschatteten ärmsten Vierteln der Stadt begründet.

Im Jahr 2006 stellte das PCC seine Macht unter Beweis, indem es eine koordinierte Serie von Anschlägen auf Polizisten, Feuerwehrleute und andere Sicherheitskräfte verübte und zeitgleich die Kontrolle über diverse Hafteinrichtungen im Staat übernahm. Ziel war es, die Isolation des

PCC-Anführers, Marcos „Marcola“ Camacho, in einem Hochsicherheitsgefängnis zu verhindern. Nach anfänglichen Drohmanövern akzeptierte die Staatsregierung schließlich die Forderungen der Bande.

Seitdem hat das PCC Verbindungen zu europäischen Verbrecherorganisationen sowie zu den DTOs in den Andenländern aufgebaut. 2016 handelte man eine Allianz mit dem CV aus und lancierte ein ehrgeiziges Projekt mit dem Ziel einer Kontrolle des gesamten organisierten Verbrechens im Land. Die Strategie dabei ist, Allianzen mit den lokalen Banden in den nördlichen und nordöstlichen Regionen Brasiliens zu schmieden und nach dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit den ADA die Übernahme Rio de Janeiros in Angriff zu nehmen. Seitdem befindet sich die Stadt in Aufruhr, was den möglichen Beginn einer neuen Ära in der Geschichte des organisierten Verbrechens, der Ausübung von Macht und der Einflussnahme in Brasilien andeutet.

Schlussbemerkungen

Seit Juli 2017 wird Rio de Janeiro vom Militär kontrolliert. Der Staatsgouverneur hat Bundesgruppen angefordert, weil er glaubt, die beiden örtlichen Polizeikräfte, die Zivilpolizei und die Militärpolizei, seien nicht in der Lage, den „Drogenkrieg“ in der Stadt in den Griff zu bekommen. Prompt entsandte das Verteidigungsministerium Armee- und Marinetruppen mit dem Befehl, Alleen und Straßen zu besetzen und die durch die DTOs dominierten, insbesondere die unter CV-Kontrolle stehenden Favelas zu belagern. Diese Situation verschärfte sich weiter im Januar 2018, als die Staatsregierung ihre eigene Rolle als Schützer der öffentlichen Sicherheit aufgab und den Startschuss für eine nunmehr reale militärische Intervention in Rio de Janeiro gab. Das Sekretariat für Öffentliche Sicherheit wurde durch einen Armeegeneral substituiert und Truppen wurden in die Stadt verlegt, um die polizeilichen Maßnahmen in der Hauptstadt und im gesamten Staat zu flankieren.

Die Massenmedien sprechen gerne vom „Chaos“ in Rio und vergleichen den Staat mit einem *failed country* (gescheitertes Land), das unfähig ist sich selbst zu regieren. Diese Situation eröffnet ein neues Panorama für eine Sicherheitsanalyse zum organisierten Verbrechen in Brasilien, ist sie doch Folge der Ausweitung einer mafiaähnlichen Gruppe – des PCC – und der sich daraus ergebenden Militarisierung der öffentlichen Sicherheit, die in erster Linie den Einfluss der „alten“ und „weniger professionellen“ *comandos* beschneidet. Der Kampf um die Kontrolle von Drogenhandel und anderen rechtswidrigen Aktivitäten spielt sich zeitgleich in den Favelas, den Armenvierteln an der Peripherie und hinter den Mauern der Gefängnisse ab. Möglicherweise erleben wir derzeit das Aufkommen einer neuen Art von symbiotischer Verbindung zwischen Gruppen des organisierten Verbrechens, dem Militär und den staatlichen Polizeikräften – nicht zu vergessen den örtlichen Organisationen, NGOs und Think-Tanks, die in den von Gewalt überschatteten Bezirken aktiv sind. Die Reformen in der Drogenpolitik in Brasilien selbst werden bei all dem durch eine konservative Opposition erstickt, die ihnen keine Priorität beimisst und den eigenen Fokus auf andere Bereiche der politischen Instabilität legt, die dem Land zu schaffen machen. Die traditionellen Muster einer „Kriminalisierung von Armut“, deren Ausdruck Strafmaßnahmen aus rassistischen Motiven, Gewaltausübung durch die Polizei und Masseninhaftierungen sind, bleiben stabil und unhinterfragt, während die Zahl der Tötungsdelikte von Jahr zu Jahr steigt.

Die These von symbiotischen Verbindungen könnte hilfreich sein, um das fragwürdige Konzept eines „schwachen Staates“ zu vermeiden – zumindest, wenn von komplexen und hochinstitutionalisierten Gesellschaften wie der brasilianischen und den meisten lateinamerikanischen die Rede ist. Die wichtige Botschaft dabei ist: Die Idee einer „Parallelmacht“ sollte kritisch hinterfragt werden, wenn es um organisierte Kriminalität, insbesondere aber den Drogenhandel in Lateinamerika geht. Eine solche analytische Neuausrichtung würde es uns erlauben, das Problem aus einer anderen Perspektive zu betrachten und somit ein besser informiertes

Handeln anzuregen, das konkrete Auswirkungen auf die verwundbarsten Gruppen von Gesellschaften überall auf der Welt haben könnte.

–übersetzt aus dem Englischen–

Thiago Rodrigues ist Leiter des Graduiertenprogramms für Strategische Studien an der Nationaluniversität Fluminense, Rio de Janeiro, Brasilien, und Pressechef des ISA Global South Caucasus.

- 1 Vgl. Tilly, Charles 1985: War Making and State Making as Organized Crime, in: Evans, Peter / Rueschemeyer, Dietrich / Skocpol, Theda (Hrsg.): *Bringing the State Back In*, Cambridge, S.169 – 191.
- 2 Vgl. Foucault, Michel 2002: „Society Must Be Defended“: *Lectures at the Collège de France, 1975 – 1976*, New York.
- 3 Vgl. Andreas, Peter 2013: *Smuggler Nation: How Illicit Trade Made America*, Oxford.
- 4 Vgl. Rodrigues, Thiago / Labate, Beatriz 2016: Prohibition and the War on Drugs in the Americas: An Analytical Approach, in: Labate, Beatriz / Cavnar, Clancy / Rodrigues, Thiago (Hrsg.): *Drug Policies and the Politics of Drugs in the Americas*. Cham: Springer, S.11 – 32; vgl. McAllister, William 2000: *Drug Diplomacy in the Twentieth Century*, New York / London.
- 5 Vgl. Sarmiento, Luis / Krauthausen, Ciro 1990: *Cocaína & Co.: Un mercado ilegal por dentro*, Bogotá.
- 6 Vgl. Rodrigues, Thiago / Kalil, Mariana / Zepeda, Roberto / Rosen, David 2017: *Warzone Acapulco: Urban Drug-Trafficking in the Americas*, in: *Contexto Internacional* 39: 3, S. 609 – 631.
- 7 Vgl. Labrousse, Alain / Koutouzis, Michael 1998: *Géopolitique et Géostratégies des Drogues*, Brüssel.
- 8 Vgl. Hermann, Isabella 2017: *Unheilvolle Allianzen: Zum Zusammenhang von schwacher Staatlichkeit, internationalem Kokainhandel und islamistischem Terrorismus in Westafrika*, *Auslandsinformationen* 2/2017, in: <http://kas.de/wf/de/33.49532> [31.05.2018].
- 9 Vgl. Biondi, Karina 2016: *Sharing this Path: An Ethnography of Prison Life and PCC in Brazil*, Chapel Hill.